

# Die Schweizer Politik ist vor allem gefühlt bürgerlich

Viele Parlamentsbeschlüsse sind softsozialistische Anliegen. Die Frage im Wahljahr lautet darum: Was ist bürgerliche Politik?



René Scheu

Wer sich in der Schweiz zur politischen Mitte bekennt, macht zunächst einmal nichts falsch. Die Mitte ist positiv besetzt und bedeutet: Augenmass, Kompromissbereitschaft, Pragmatismus. Und sind dies nicht die Merkmale, die erfolgreiches Politisieren auszeichnen? Aber bloss Kompromissbereitschaft ist noch kein Programm. Sie ist vielmehr der kompromisslose Wille zum eigenen Machterhalt.

Das ständige Reden über die angebliche Mitte ist typisch für Wohlstandsgesellschaften. Wem es objektiv gutgeht, der möchte sich auch subjektiv wohl fühlen: in der Öffentlichkeit nicht anecken, im Stillen seine eigene Agenda verfolgen, den Status quo verteidigen. Und so erstaunt es nicht, dass die sogenannten Mitteparteien immer ununterscheidbarer werden. Wer vermöchte auf Anheb zu sagen, wofür in der Schweiz im Jahre 2015 die FDP, die CVP und die BDP inhaltlich stehen? Ich habe mir die Mühe gemacht, die Programme aller staatstragen-

den Parteien der Schweiz zu studieren. Sie sind erschreckend vage und diffus - bis zur Unkenntlichkeit. Lößliche Ausnahmen bilden einzig die Programme von SP und SVP (und jenes der nicht staatstragenden GLP); sie vermitteln halbwegs klar eine politische Vision, wenn die Darlegungen der beiden S-Parteien auch ziemlich ausufernd sind.

Jüngst war an dieser Stelle zu lesen, die Schweiz sei «ein bürgerliches Land par excellence». Es stimmt, dass sich die Mehrheit der Parteien als bürgerlich definiert. Und ja, die Regierung war noch nie in bekennend linker Hand. Doch ist die helvetische Politik wirklich oder nur gefühlt bürgerlich? Kurzum: Ist sie es real oder bloss nominell? Die Frage ist brisant, denn aus dieser Diskrepanz lässt sich die zählbare Zunahme von Volksinitiativen erklären, die zudem immer häufiger angenommen werden.

Halten wir uns an einige symptomatische Entscheide des Parlaments aus den letzten Jahren: Anfang des Ausstiegs aus der Atomenergie, faktische Aufhebung des Bankkündengeheimnisses, deutliche Aufstockung der Entwicklungshilfe, Erhöhung der Bezüge der Parlamentarier, Solidarhaftung des ersten Unternehmers für alle Subunternehmer, Ausbau der flankierenden Massnahmen, sogenanntes Solidaritätsprozent von Grossverdienern für die Arbeitslosenkasse, geräteunabhängige SRG-Steuer, Verschärfung der Umweltschutzgesetzgebung und so weiter und so fort - sind das klassisch bürgerliche



Der einst liberale Staat, schlank und rank, ist heute als universeller Problemlöser, Solidaritätsstifter und Gerechtigkeitsgarant weitherum anerkannt.

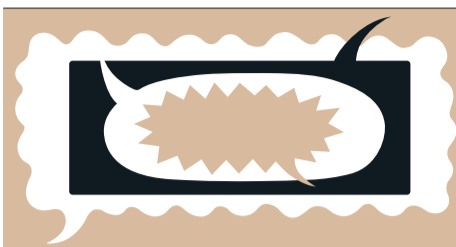
Anliegen? Nein, es sind softsozialistische Forderungen. Die Masstäbe des politischen Establishments haben sich geändert, und das Establishment hat es nicht gemerkt. Der einst liberale Staat, schlank und rank, ist heute als universeller Problemlöser, Solidaritätsstifter und Gerechtigkeitsgarant weitherum anerkannt. Staatskepsis, früher Teil intakten Bürgersinns, gilt mittlerweile als geradezu staatszersetzend. Der FDP-Slogan «Weniger Staat, mehr Freiheit», im Rückblick ein visionäres Statement, ruft unter den meisten etablierten Politikern, Politologen und Publizisten bloss noch besorgtes Kopfschütteln hervor. Dabei wäre genau dies der Sinn einer klar bürgerlichen Politik: den staatsunabhängigen Bürger ins Zentrum zu stellen. Nur ein echter Bourgeois ist ein guter Citoyen. Stärkung der Vertragsfreiheit statt Reglementierung von oben. Stärkung der Kaufkraft statt Abschöpfung durch Zwangsabgaben. Stärkung der Eigenverantwortung statt wohlmeinender Bevormundung von allen Seiten. Stärkung der Eigenvorsorge statt allgemeiner Staatsfürsorge.

Nominell oder real bürgerlich - diese Frage wird die Schweiz im Wahljahr umtreiben. Wollen sich die Bürger den bisherigen Luxus weiterhin leisten? Die Alternative beginnt sich abzuzeichnen: Entweder Wohlstand - oder Wohlfühlen.

René Scheu ist Philosoph und Herausgeber des liberalen Magazins «Schweizer Monat».



ILLUSTRATION: GABRIEL KOPPE



## Showdown

Pascal Hollenstein

Gut, sie haben es nicht anders gewollt. Ich meine: Man hätte es ja einfacher haben können. Man hätte nur wollen müssen. Aber wenn sie es ums Verrecken provozieren? Jedenfalls sollen sie nachher nicht behaupten, sie hätten es nicht gewusst. Ein bisschen Flexibilität ist ja wohl nicht zu viel verlangt von den hohen Herren in ihren dick gepolsterten Funktionärsesseln, oder? Dass unser Bundesrat das nicht hinkriegt, das war andererseits ja absehbar. Viel zu konzilient im Auftritt. Muss halt einer einmal das Füdli haben, hinstehen und zu sagen: «So, jetzt aber! Zack zack, hinsetzen und verhandeln! Und bevor wir nicht fertig sind, gibt es keine Pommes frites und keinen einzigen Schluck Bier, gell.» Der Brüsseler Bürokrat hat eine 30-Stunden-Woche, dann will er ins Wochenende. So lange muss man ihn eben im Schwitzkästli halten, dann knickt er schon ein, das ist klar. Aber was macht unsere Bundespräsidentin? Sie lässt sich vor laufender Kamera abknutschen. Ein Anfängerfehler. Kompletter Dilettantismus. Es ist höchste Zeit, Fachpersonal zu schicken.

Ich werde jetzt also nach Brüssel reisen. Heissa, das wird ein Gaudi! Vermutlich rechnen die ja gar nicht mehr damit, dass noch einer kommt. Waren ja schon alle da. Die werden sich schön wundern! Die Daumenschrauben in meinem Handgepäck sind frisch geölt, Schweizer Qualitätsmechanik. Zudem habe ich meine Schwiegermutter dabei. Es gibt im Periodensystem der Elemente keine Substanz, die ihr länger als eine Stunde Widerstand leisten könnte. Und wenn das nicht reicht, habe ich noch meine DVD-Sammlung: 200 Ausgaben «Teleblocher», eine publizistische Streubombe. Wenn wir durch sind, wird unterschrieben! Und dann, Herr Juncker, ist es Zeit für einen Schmatz. Meine Schwiegermutter steht zur Verfügung. So geht das.

## TV-Kritik Von Francesco Benini

### Ständerätin Diener tritt ab, Moderator Gilli schnurrt wie ein Kätzchen

Talk Täglich

Tele Züri, 3. Februar, 18 Uhr 30

Seit Roger Schawinski Tele Züri vor 21 Jahren ins Leben rief, ist der Programm-raster des Regionalsenders unverändert: Zur vollen Stunde Nachrichten, zur halben Stunde eine Talkshow. Oft lädt der Sender Politiker ein, aber auch Prominente aus der Showszene oder Menschen mit schweren Schicksalen kommen zu Wort.

Verena Diener passt in zwei der drei Kategorien: Sie ist Politikerin, und sie hatte Schicksalsschläge zu verkraften. Vor zwölf Jahren erkrankte sie als Zürcher Regierungsrätin an Brustkrebs, vor eineinhalb Jahren starb ihr Ehemann an Krebs.

Die 65-jährige Grünliberale hatte gerade ihren Rücktritt aus dem Ständerat und damit das Ende ihrer politischen Karriere bekanntgegeben. Es war zu erwarten, dass Moderator Markus Gilli in einem solchen Moment weniger kritische Nachfragen stellt, als er es sonst tut. Was dann folgte, ging aber zu weit - man folgte einem einzigen Kuschelprogramm. Es fing an mit dem Du. Ein Fernsehmoderator sollte seine Gäste nicht duzen, weil sich das Publikum bei grosser Nähe zwischen dem Befragten und dem Interviewten ausgeschlossen fühlen könnte. Gilli duzte Diener in einem fort, nervte mit seiner Betulichkeit, gab den



Eine Talkshow als Kuschelprogramm: Markus Gilli befragt die abtretende Zürcher Ständerätin Verena Diener.

Einfühlsamen, biederte sich bei seinem Gast an. Er konzentrierte sich auf Fragen zu den privaten Unglücksfällen. Diener schien gerührt, verriet aber so gut wie nichts - abgesehen davon, dass ihr schnell die Tränen kämen. «Ich mache hier keinen Seelenstrip», sagte sie und liess damit den Behelfstherapeuten Gilli ins Leere laufen.

Diener wird als Gesundheitsdirektorin in Erinnerung bleiben, welche die zu kleinen Zürcher Landspitäler schloss und die Proteste der Bevölkerung geduldig ertrug. Sie war mutiger als andere Politiker. Gleichzeitig setzte unter ihrer Ägide der Niedergang des Zürcher Universitätsspitals ein - der einstige medizinische Vorzeigebetrieb zieht kaum noch herausragende Ärzte an. Zu diesem Thema hätte man vom Moderator ein paar Fragen erwartet. Gilli sagte stattdessen zu Diener: «Ich will, dass du den Plausch hast.» Den Zuschauern verdarber den Spass mit seiner Anschmieghow.

## Grenzerfahrung

### Angezählter Proporz



Marina Masoni

Am 19. April wird im Tessin gewählt, morgen Montag reichen die Parteien ihre Listen ein. Der Wahlkampf ist jedoch schon längst in vollem Gange, geht doch schon bald eine bewegte Legislaturperiode zu Ende, die von starken Differenzen zwischen den fünf amtierenden Staatsräten und den vier Regierungsparteien (Lega dei Ticinesi mit zwei Sitzen; FDP, CVP und SP mit je einem Sitz) gezeichnet war. Die Finanzprobleme des Kantons, der wohl ein Defizit von über 200 Millionen Franken aufweisen wird, die grossen Probleme auf dem Arbeitsmarkt und der massive Anstieg der Grenzgänger scheiden die politischen Geister und erschweren gemeinsame Strategien und Massnahmen zur Lösung der Probleme. Und so wird die Frage des Wahlsystems neu aufgeworfen. Mehrere politische Exponenten fordern einen Wechsel.

Nachdem jüngst auch der Kanton Zug die Majorwahl eingeführt hat, ist das Tessin nunmehr der einzige Kanton, der seine Regierung noch im Proporz wählt. In den vergangenen Jahren wurde das System zwar etwas angepasst, doch das Prinzip wurde nie infrage gestellt. Heute werden die fünf

Regierungssitze nach der Hagenbach-Bischoff-Methode verteilt (wie bei den Nationalratswahlen). Bis Ende der achtziger Jahre galt im Kanton Tessin hingegen die Methode D'Hondt. Als 1987 die CVP einen ihrer beiden Regierungssitze einbüsste, lancierte sie eine Volksinitiative für die Einführung der Hagenbach-Bischoff-Methode, die vom Stimmvolk angenommen wurde. Dank dieser Änderung gewann die CVP ihren verlorenen Sitz zurück, verlor ihn allerdings vier Jahre später erneut und hat seit 1995 nur noch einen Vertreter im Tessiner Staatsrat.

Heute sind in der fünfköpfigen Proporzregierung vier Parteien vertreten, mit folgendem Wähleranteil: Lega 25,9 Prozent, FDP 22,0 Prozent, CVP 17,4 Prozent, SP 14,3 Prozent. Die Wahlzettel ohne Parteibezeichnung kamen bei den letzten Wahlen auf 13,6 Prozent. Vor rund zehn Jahren hatte die Regierung eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die zwei mögliche Majorzsysteme vorschlug. Das Erste wurde inspiriert durch ähnliche Systeme in anderen Kantonen, das zweite orientierte sich an Majorzverfahren in italienischen Regionen. Der Bericht versank in einer Schublade. Nun ist die Idee wieder auf dem Tisch. Neu lanciert wurde sie nicht zuletzt vom Präsidenten der CVP, welche zuvor stets den Proporz unterstützt hatte. Ist dieses System nun also am Ende? Viel hängt nun von den kommenden Wahlen ab und davon, wie die neue Regierung in der nächsten Legislatur arbeiten wird, die sehr problematisch zu werden verspricht.

Marina Masoni ist Anwältin und ehemalige Staatsrätin des Kantons Tessin.